

## Editorial

Torsten Rantzsch

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Countdown läuft: Am 26. März wählt das Saarland eine neue Landesregierung. Es folgen Schleswig-Holstein am 7. Mai und NRW am 14. Mai. Zur Bundestagswahl am 24. September sind wir dann alle aufgefordert, von unserem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Es geht um viel, auch in der Pflege- und Gesundheitspolitik.

Wie positionieren sich die Parteien im Landtagswahlkampf zu den für die professionelle Pflege wichtigen Themen wie der Modernisierung der Pflegeberufe, der Einrichtung einer Landespflegekammer und der Vorgabe verbindlicher Personalschlüssel? Leserinnen und Leser aus dem Saarland finden ihren persönlichen „VPU-Wahl-O-Maten“ auf Seite 3. Die entsprechenden Auswertungen für Schleswig-Holstein und NRW sind in Kürze auf [www.vpu-online](http://www.vpu-online) abrufbar.

Bis zu den Bundestagswahlen ist gefühlt noch viel Zeit. Doch auch hier läuft der Countdown, denn schon bald schalten die Parteien um in den Wahlkampfmodus. Umso wichtiger ist es, die verbleibende Zeit zu nutzen, um gemeinsam Lösungen zu finden, die langfristig Sinn machen und für alle Beteiligten tragbar sind. Das gilt nicht nur, aber natürlich in besonderem Maße auch in Bezug auf die Reform der Pflegeberufe. Die Diskussion der vergangenen Wochen zeigt, welche grundlegenden Vorbehalte es noch immer gegen die generalistische Ausbildung gibt. Ungeachtet dessen, dass bisher kein Kompromissvorschlag überzeugen konnte, zeigt sie aber auch, dass allen Beteiligten eines bewusst ist: Diese Reform ist optionslos.

Der VPU ist davon überzeugt, dass eine konsequent generalistische Ausbildung der richtige Weg ist, um professionell Pflegende auf die veränderten Anforderungen im Versorgungsalltag in den verschiedenen Pflegesettings vorzubereiten. Diese Haltung hat der VPU zuletzt in seiner Stellungnahme zum Kompromissvorschlag des GKV-Spitzenverbands im Januar bekräftigt – verbunden mit dem Angebot, gemeinsam mit allen Beteiligten einen Kompromiss zu erarbeiten, der die Reform der Pflegeberufe weder aushöhlt noch verhindert und perspektivisch keine unnötigen Kosten für Korrekturmaßnahmen verschlingt.

Wir, die Vertreter der Pflegeberufe, müssen gemeinsam analysieren, was wir mit der Reform der Pflegeberufe erreichen wollen. Wir müssen den „unantastbaren Kern“ dieser Reform definieren, Chancen erkennen – aber natürlich auch Risiken abwägen und Vorbehalte ernst nehmen. Ohne Veränderungsbereitschaft auf allen Seiten ist dieser Prozess zum Scheitern verurteilt. Alle Beteiligten müssen bereit sein, ihre Komfortzone zu verlassen, Kompromisse einzugehen und konzeptionell neu zu denken. Nur so kann eine gemeinsame Lösung entstehen.

Um es mit dem römischen Politiker und Philosophen Marcus Tullius Cicero zu sagen: „Der Staatsdienst muss zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut werden, nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist.“ Wir, die Vertreter der Pflegeberufe, haben die Verantwortung, die beste realisierbare Lösung für die Pflege in Deutschland zu finden; eine Lösung, von der die Pflegenden selbst, aber auch all die Menschen profitieren, die heute und zukünftig auf professionelle Pflege angewiesen sind – unabhängig davon, in welchem Setting.

Wir haben die Verantwortung, eine Lösung zu finden, die weit über die Bundestagswahl 2017 hinaus Bestand hat. Der VPU wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass das gelingt.

Herzlichst,  
Ihr Torsten Rantzsch

## INHALT

EDITORIAL Seite 1

PFLEGEKAMMER NRW – GUT INFORMIERT IST HALB „VERKAMMERT“ Seite 2

LANDTAGSWAHL 2017 Seite 3

NETZWERK PFLEGEFORSCHUNG Seite 4

IMPRESSUM Seite 2



Torsten Rantzsch

# Pflegekammer NRW – Gut informiert ist halb „verkammert“

VPU und DBfK Nordwest informieren NRWs Pflegende gemeinsam über Zweck und Aufgaben einer Pflegekammer

„Wir machen uns gemeinsam dafür stark, dass die Einrichtung einer Pflegekammer in NRW zum Wahlkampfthema wird“ – so die Ankündigung des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK) Nordwest e.V. und des Verbands der PflegedirektorInnen an den Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen in Deutschland (VPU) im vergangenen Jahr. Gesagt, getan: Noch im November informierten beide Verbände die Mitglieder des Landesgesundheitsausschusses sowie die Landesparteivorsitzenden in einem gemeinsamen Schreiben über die Zielsetzung und Bedeutung einer Landespflegekammer.

„Eine Pflegekammer stellt die überfällige Teilhabe der beruflich Pflegenden am politischen Entscheidungsprozess sicher. Parteien, die sich im Wahlkampf für die Einrichtung einer Pflegekammer aussprechen, signalisieren der größten Berufsgruppe im Land, immerhin etwa 185.000 potenziellen Wählerinnen und Wählern, dass sie ihr Recht auf Selbstverwaltung ernst nehmen“, appellierte der VPU-Vorsitzende Torsten Rantzsch darin an die NRW-Politiker.

Im Vorfeld der Landtagswahlen im Mai wollen beide Verbände die Pflegenden selbst umfassend informieren. Geplant sind derzeit sieben Informationsveranstaltungen an ausgewählten Universitätskliniken (siehe Infokasten). Das rund zweistündige Programm ist ebenso informativ wie interaktiv: Vorgestellt werden Zweck und Aufgaben einer Pflegekammer national und international sowie der aktuelle Stand der Errichtung von Pflegekammern in Deutschland und NRW. Daneben bieten DBfK und VPU den Teilnehmern ausreichend Zeit und Raum, um Fragen zu stellen und zu diskutieren – miteinander sowie mit den ebenfalls eingeladenen Landtagsabgeordneten, die die

Möglichkeit haben, den Pflegenden ihre Haltung zur Einrichtung einer Pflegekammer in NRW vorzustellen.

„Im Februar haben SPD und Grüne die Einrichtung einer Pflegekammer NRW in einem sogenannten Entschließungsantrag zur Stärkung der Pflege an eine Urabstimmung geknüpft. Wir müssen also mehr denn je damit rechnen, dass die Pflegenden zu diesem Thema befragt werden. Unser Ziel ist deshalb, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen umfassend über die Vorteile einer Pflegekammer zu informieren“, fasst VPU-Mitglied Vera Lux das Ziel der Informationskampagne zusammen.

Nach dem erfolgreichen Auftakt am 15. Februar in Köln freuen sich der VPU und der DBfK auf gut besuchte Folgeveranstaltungen in den Monaten April und Mai.



Vera Lux, Pflegedirektorin / Vorstand Uniklinik Köln



## PFLEGEKAMMER NRW – INFORMATIONSVERANSTALTUNGEN

24. April 2017	Universitätsklinikum Bonn
25. April 2017	Johanniter Krankenhaus Bonn
04. Mai 2017	Katholisches Klinikum Bochum/Universitätsklinikum der Ruhr-Universität-Bochum
08. Mai 2017	Universitätsklinikum Aachen
09. Mai 2017	Universitätsklinikum Düsseldorf
11. Mai 2017	Universitätsklinikum Essen

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

VPU – Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V.  
 Alt-Moabit 96, 10559 Berlin  
 Telefon 030 138957-61, Telefax 030 138957-56  
 E-Mail info@vpu-online.de, Internet www.vpu-online.de

#### Redaktion

Anika Armbrorst

# Landtagswahlen 2017 – Ihre Stimme zählt!

In wenigen Tagen wählen die Saarländer ihren neuen Landtag. Im Mai folgen Schleswig-Holstein (7.5.2017) und Nordrhein-Westfalen (14.5.2017). Die Landtagswahlen sind nicht nur richtungweisend für das künftige politische Klima in den jeweiligen Ländern. Sie sind auch ein Gradmesser für die politische Stimmung auf Bundesebene.

Mit welchen Themen und Versprechen werben die Parteien um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler im Saarland? Für welche Gesundheits- und Pflegepolitik stehen Sie und inwieweit machen Sie sich für die Anliegen und Interessen der beruflich Pflegenden stark? Wir haben genau hingeschaut.

Partei	Reformierung der Pflegeausbildung	Landespflegekammer	Bedarfsgerechte Personalbemessung
	Das Programm lag bei Redaktionsschluss (16.2.) noch nicht vor. Eine landesspezifische Positionierung der Saar-CDU ist nicht bekannt	<ul style="list-style-type: none"> <li>Das Programm lag bei Redaktionsschluss (16.2.) noch nicht vor.</li> <li>Pro Landespflegekammer, wenn keine finanzielle Doppelbelastung der Pflegenden</li> </ul>	Das Programm lag bei Redaktionsschluss (16.2.) noch nicht vor; die Position der Saar-CDU ist nicht bekannt
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Pro generalistische Pflegeausbildung, wenn die gut funktionierenden Strukturen erhalten werden</li> <li>Förderung primärqualifizierender Studiengänge gemäß europäischem Standard</li> <li>20% der Auszubildenden sollen die Möglichkeit erhalten, ein primärqualifizierendes Studium zu absolvieren</li> <li>Schaffung eines Pflegeassistentenberufes mit zweijähriger Ausbildung</li> <li>Keine Berücksichtigung der Auszubildenden im Stellenplan der Krankenhäuser</li> </ul>	Contra Landespflegekammer (Begründung: finanzielle Doppelbelastung der Pflegenden, zusätzlicher bürokratischer Aufwand ohne Verbesserung der Situation der Pflegenden)	Forderung: Einführung einer bundesweit verbindlichen Personalbemessungsquote, die sich in der Kostenerstattung niederschlagen muss
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Contra generalistische Pflegeausbildung</li> <li>Forderung: Integrative Pflegeausbildung (Phase 1: Vermittlung gemeinsamer Ausbildungsinhalte; Phase 2: Spezialisierung in einem der drei pflegerischen Berufszweige; optional: Erwerb der anderen Berufsabschlüsse durch Verlängerung der Ausbildung)</li> </ul>	Pro Landespflegekammer, wenn keine finanzielle Doppelbelastung der Pflegenden	Forderung: kurzfristige Definition verbindlicher Standards für eine bedarfsgerechte Personalbesetzung in der Pflege und Einhaltung bzw. Überwachung von gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeitregelungen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Contra generalistische Pflegeausbildung</li> <li>Forderung: Dreijährige duale Pflegeausbildung mit eigenen Berufsabschlüssen in der Kranken-, Kinder- und Altenpflege</li> </ul>	Pro Landespflegekammer	Forderung: verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung in der Pflege; Absicherung durch eine entsprechende Änderung des Krankenhausgesetzes
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Contra generalistische Pflegeausbildung</li> <li>Forderung: Integrative Pflegeausbildung mit gemeinsamer Grundausbildung und Spezialisierung in den einzelnen Pflegebereichen mit eigenen Abschlüssen</li> </ul>	Contra Landespflegekammer (FDP Bund); eine abweichende Haltung der Saar-FDP ist nicht bekannt	Forderung: Mindestbesetzung im Pflegedienst, gekoppelt an eine sichere Krankenhausfinanzierung

# Akademisch ausgebildete Pflegende im Pflegedienst der Universitätskliniken

Netzwerk Pflegeforschung: Aktuelle Untersuchung zeigt Handlungsbedarf auf

Die zunehmende Komplexität der Versorgungsprozesse an Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen erfordert eine Erweiterung des pflegerischen Handlungs- und Verantwortungsspektrums sowie eine bedarfsgerechte Personalstruktur. Eine Untersuchung des Netzwerks Pflegeforschung des VPU zeigt erstmals, wie viele hochschulisch qualifizierte Pflegende die Pflegedienste verstärken, welche Aufgaben ihnen übertragen werden und was sie verdienen. Über die Ergebnisse haben wir mit Regina Schmeer (Medizinische Hochschule Hannover, Stabsstelle Pflegewissenschaft) und Andreas Kocks (Universitätsklinik Bonn, Stabsstelle Pflegeforschung) gesprochen.

## Hat Sie das Ergebnis überrascht?

A. Kocks: Mit etwa 1% liegt der Anteil der hochschulisch qualifizierten Mitarbeiter im Pflegedienst der Universitätskliniken deutlich unter den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Damit haben wir nicht gerechnet – auch wenn uns bewusst war, dass die hochschulische Ausbildung von Pflegenden und damit ihr prozentualer Anteil an der Patientenversorgung in Deutschland noch in den Kinderschuhen steckt.

## Wie bewerten Sie das Ergebnis der Untersuchung?

R. Schmeer: Um die vom Wissenschaftsrat empfohlenen 10–20% akademisch ausgebildeten Pflegenden am Point of Care zu erreichen, muss zum einen das Angebot an entsprechenden hochschulischen Ausbildungen erweitert werden. Zugleich müssen geeignete Infrastrukturen geschaffen werden, um die neuen Mitarbeiter in die Arbeitsabläufe zu integrieren.

## Welche Infrastrukturen fehlen?

R. Schmeer: Nur etwa die Hälfte der teilnehmenden Universitätskliniken verfügt über Tätigkeitsprofile für akademisch qualifizierte Pflegende. Diese sind jedoch unabdingbar,

um die neuen Mitarbeiter sinnvoll in bestehende Arbeitsabläufe einbinden zu können. Sie sind zudem unverzichtbar für die Regelung der angemessenen Vergütung dieser Mitarbeiter.

## Warum ist der Bedarf an den Universitätskliniken besonders hoch?

A. Kocks: Ebenso wie die Medizin ist die Pflege an Universitätskliniken geprägt durch die Verknüpfung von Forschung, Lehre und Patientenversorgung. Die Voraussetzungen sind optimal, um Bedarfe in der direkten Versorgung zu erheben, innovative pflegerische Konzepte zu entwickeln, zu evaluieren und die Ergebnisse in die Patientenversorgung und Lehre einfließen zu lassen. Deshalb sehen wir insbesondere an Universitätskliniken einen hohen Bedarf an hochschulisch qualifizierten Pflegenden.



Regina Schmeer,  
Medizinische Hochschule Hannover



Andreas Kocks,  
Universitätsklinik Bonn

## Gibt es internationale Erfolgsmodelle, an denen Deutschlands Kliniken sich orientieren können?

A. Kocks: International ist der Einsatz von hochschulisch qualifizierten Pflegenden an Universitätskliniken bereits etabliert. Rahmenkonzepte wie Advanced Nursing Practice (ANP), das Schweizer Kompetenzprofil Pflege oder der Einsatz von Bachelor- und Masterabsolventen im angloamerikanischen Raum können Orientierung geben.

## ZENTRALE ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG

### Anteil hochschulisch qualifizierter Pflegefachpersonen:

- Belegschaft insgesamt: 1,7%
- Pflegedienst: knapp 1%

### Hochschulabschlüsse

- Bachelor (348 Pflegefachpersonen)
- Diplom (269 Pflegefachpersonen)
- Master (81 Pflegefachpersonen)
- Promotion (11 Pflegefachpersonen)

### Tätigkeitsbereiche

- konzeptionelle Entwicklung: 82,6%
- Qualitätsmanagement und Förderung einer evidenzbasierten Versorgung: 74%
- Praxisprojekte: 70%
- Patientenberatung: 56%

### Außertarifliche Vergütungsoptionen

- Vorweggewährung von Stufen: 73,9%
- nichtentgeltliche Fördermaßnahmen: 60,9%
- persönliche Zulagen: 52,2%

Die vollständigen Untersuchungsergebnisse finden Sie hier: Tannen, A., Feuchtinger, J., Strohbücker, B., & Kocks, A. (2016): Survey zur Einbindung von Pflegefachpersonen mit Hochschulabschlüssen an deutschen Universitätskliniken - Stand 2015. Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen. doi: 10.1016/j.zefq.2016.11.002